Klimaschutz-Gesetz 18. Juni

Klimaschutz-Gesetz: Kampagnen-Handbuch

Inhalt

1.	Worum geht es?	Seite 2
2.	Was steht im Gesetz?	Seite 5
3.	Storyline: Welche Geschichte erzählen wir (und welche die SVP)?	Seite 8
4.	Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für …	Seite 10
5.	Fragen und Antworten zum Klimaschutz-Gesetz	Seite 13
6.	Wer unterstützt das Klimaschutz-Gesetz?	Seite 24
7.	Weitere verfügbare Informationen	Seite 25

Stand vom 22. Mai 2023

verantw. Autor: Marcel Hänggi, Verein Klimaschutz Schweiz

1. Worum geht es?

Die **Klimakrise** ist dramatisch, das haben einmal mehr der heisse und trockene Sommer 2022 und der extrem milde Winter 22/23 gezeigt. Die weitere Erhitzung kann nur gestoppt werden, wenn die vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen weltweit und somit auch in der Schweiz auf null fallen.

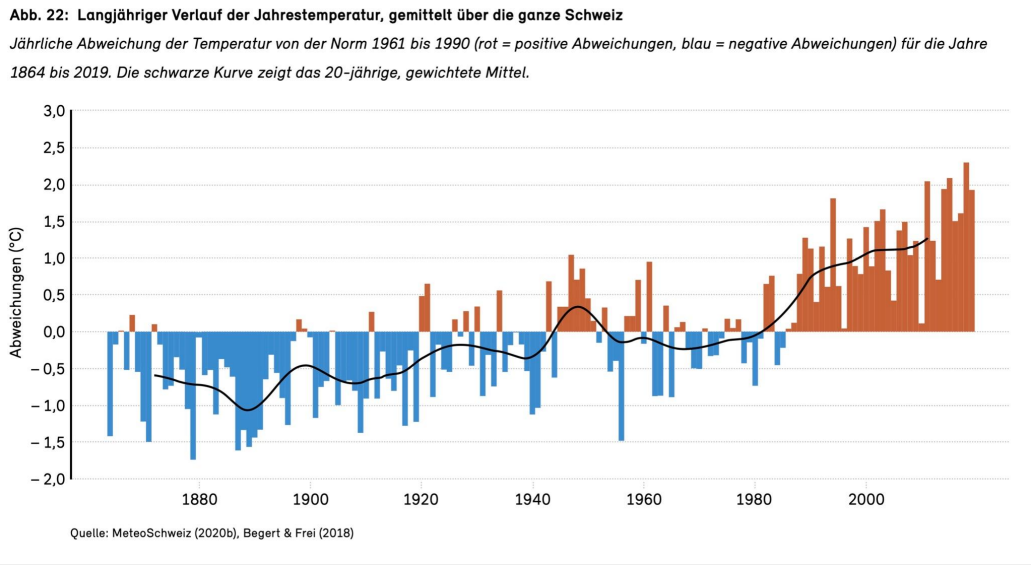

Abb. aus Bundesamt für Umwelt: Klimawandel in der Schweiz (2020).

An der Klimakonferenz von Paris haben sich im Jahr 2015 deshalb alle Uno-Mitglieder auf das Netto-Null-Ziel verpflichtet. Die Schweiz hat das Übereinkommen von Paris ratifiziert. Mit dem Klimaschutz-Gesetz macht sie einen Schritt zur Umsetzung dieses Abkommens.

Die meisten Treibhausgase fallen bei der Verbrennung fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas und Kohle) an. Darum muss die Nutzung fossiler Energie so weit als möglich reduziert werden.

Auch aus Gründen der Energiesicherheit tut es not, dass wir uns aus der Abhängigkeit von den fossilen Energien befreien. Die gegenwärtige **Energiekrise** ist vor allem eine Fossil-Energiekrise. Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat deutlich gemacht, wie verletzlich die Staaten sind, deren Energieversorgung von Lieferantenländern wie Russland und von verletzlichen Infrastrukturen wie Pipelines abhängt. Die Strompreise

sind eng an die Gaspreise gekoppelt.[1] Länder mit einem höheren Anteil erneuerbarer Energie kommen besser durch die Energiekrise, wie die Internationale Energieagentur im November in ihrem *World Energy Outlook* feststellte.

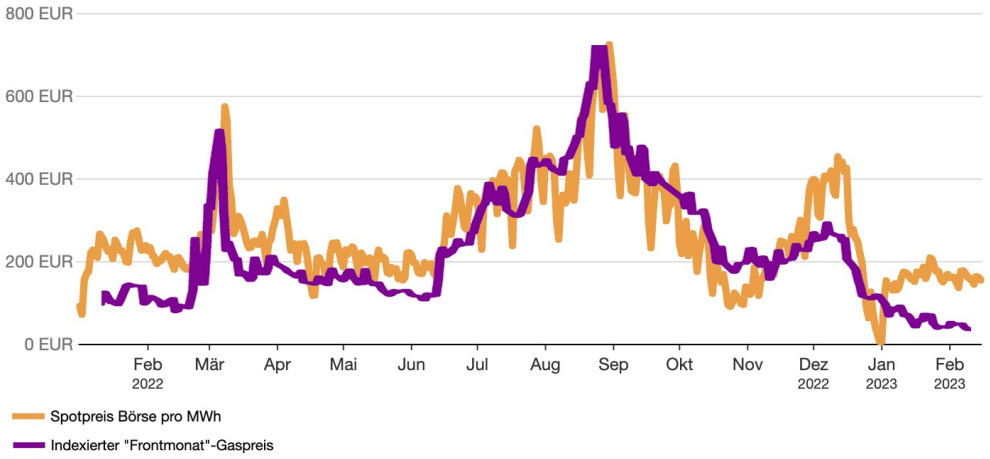

Abb.: Die beiden Kurven zeigen, wie eng der Strompreis (Spotmarkt) an den Gaspreis gekoppelt ist. Der Gaspreis erreichte im Jahr 2022 Spitzen am 7. März, 26. August und 12. Dezember; der Strompreis folgte jeweils mit wenig Verzögerung. Eigene Grafik; Daten: Dashboard des Bundesamts für Energie.

Die Energiewende kommt nicht von alleine – sie braucht grosse Investitionen. Diese Investitionen schaffen **Arbeitsplätze und Wertschöpfung** im Inland. Bis 2035 schafft die Energiewende in der Schweiz laut einer Studie von EBP netto 16 500 und laut Modellrechnungen der ZHAW sogar über 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die zusätzliche Wertschöpfung ist schwer abzuschätzen; die ZHAW rechnet mit 77 Milliarden Franken bis 2035. Heute zahlen wir pro Jahr durchschnittlich 8 Milliarden Franken für fossile Energie ins Ausland; 2022 waren es sogar 13 Milliarden. Mit diesem Geld könnten wir die einheimische Wirtschaft stärken. Die dafür nötigen Investitionen kann der schweizerische Finanzmarkt aufbringen; sie verschaffen ihm willkommene Anlagemöglichkeiten.

Die Energiewende hat weltweit längst begonnen. Die Kosten der erneuerbaren Energietechniken sind in den letzten Jahren rapid gefallen; Photovoltaik ist heute in vielen Fällen die billigste Art, Strom zu gewinnen. Die Schweiz kann die Energiewende als Chance sehen – oder aber den Zug verpassen.

[1] Das liegt daran, dass sich der Strompreis auf dem Spotmarkt jeweils nach den Gestehungskosten in den letzten zugeschalteten Kraftwerken richtet – und das sind heute Gaskraftwerke. Die Koppelung von Strom- und Gaspreis ist eng, wenn die Marktlage angespannt ist; sie löst sich bei entspannter Marktlage.

Und schliesslich wirkt sich die Energiewende positiv auf die **Gesundheit** aus: Hunderte Menschen sterben in der Schweiz jedes Jahr vorzeitig an den Folgen der durch die Verbrennung fossiler Energieträger verursachten Luftverschmutzung.[2]

Das Klimaschutz-Gesetz **weist den Weg zu Netto null Treibhausgasen und aus der Abhängigkeit von fossiler Energie**. Es unterstützt Unternehmen und Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer – und indirekt auch Mieterinnen und Mieter – auf ihrem Weg in die klimaverträgliche Zukunft. Es schafft keine neuen Abgaben oder Verbote.

> *«Der Synthesebericht des IPCC gibt Hoffnung und ist zugleich eine Warnung. Er warnt davor, dass das Ausmass und das Tempo der bisherigen Massnahmen und der aktuellen Pläne nicht ausreichen, um den Klimawandel zu bewältigen. (...) Der Bericht betont aber auch, dass wirksame und gerechte Klimaschutzmassnahmen jetzt zu einer nachhaltigeren, widerstandsfähigeren und gerechteren Welt führen können und dass ehrgeizigere Massnahmen der Natur und den Menschen mehr Nutzen bringen werden.»*
>
> Hoesung Lee, Vorsitzender des Weltklimarats IPCC, bei der Präsentation des jüngsten IPCC-Syntheseberichts am 20. März 2023 in Interlaken

[2] Die Zahlen sind schwer zu schätzen. Laut der Europäischen Umweltagentur starben in der Schweiz 2018 3500 Menschen vorzeitig durch Feinstaub, 270 durch NO_2 und 350 durch Ozon. Die Verbrennung fossiler Energie hat einen gewichtigen Anteil an der Luftverschmutzung; andere Quellen sind etwa die Verbrennung von Holz oder der Abrieb von Autoreifen.

2. Was steht im Gesetz?

Am 30. September 2022 haben National- und Ständerat das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) (wir nennen es kurz Klimaschutz-Gesetz) mit grosser Mehrheit verabschiedet. Es ist der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, die zugunsten des Gesetzes zurückgezogen wurde. Weil die SVP das Referendum ergriffen hat, werden wir am 18. Juni darüber abstimmen.

Das Gesetz weist den Weg zu netto null Treibhausgas-Emissionen. Die drei Elemente des langen Gesetzestitels stehen für die drei Pfeiler des Gesetzes:

Klimaschutz: Emissionsziele

Die Treibhausgas-Emissionen der Schweiz müssen spätestens 2050 netto null erreichen; nach 2050 müssen der Atmosphäre mehr Treibhausgase entzogen werden, als die Schweiz emittiert (Art. 3). Zwischenziele in Form von Durchschnittswerten über mehrere Jahre sorgen dafür, dass das Netto-Null-Ziel nicht auf die lange Bank geschoben wird. Die Bundesverwaltung senkt ihre Emissionen bereits bis 2040 auf netto null (Art. 10).

Soweit technisch möglich und wirtschaftlich tragbar, müssen die Emissionsziele durch Emissionsminderungen im Inland erreicht werden (Art. 3 Abs. 4). Das heisst: So genannte Kompensationen (Offsets) im Ausland und Negativemissionen dürfen an die Zielerreichung angerechnet werden, wenn es nicht anders geht.

Um die verbleibenden Emissionen mit Negativemissionen ausgleichen zu können, braucht es Kohlenstoffspeicher (so genannte Senken). Bund und Kantone sorgen dafür, dass solche Senken im In- und Ausland im nötigen Umfang bereitstehen (Art. 3 Abs. 5).

Innovation: Förderung neuartiger Technologien und Prozesse

Auch die Unternehmen müssen ihre Emissionen bis 2050 auf netto null senken. Unternehmen oder Branchen, die bis 2029 Fahrpläne zur Erreichung dieses Ziels ausarbeiten, werden vom Bund fachlich unterstützt (Art. 5). Darüber hinaus können sie vom Programm zur Förderung neuartiger Technologien und Prozesse (Art. 6) und von der Risikoabsicherung für Infrastrukturen (Art. 7) profitieren. Dafür stellt der Bund über sechs Jahre je 200 Millionen Franken pro Jahr bereit.

Bei der Förderung neuartiger Technologien und Prozesse geht es darum, klimaschonende Technologien und Prozesse zur Marktreife zu bringen. Beispiele dafür könnten sein: Abscheidung von CO_2 aus den Abgasen von Kehrichtverbrennungsanlagen oder aus der Zementproduktion; CO_2-armer Beton;

Herstellung von Chemikalien aus Kohlenstoff aus nicht-fossilen Quellen; Synthese klimaneutraler Treibstoffe oder Optimierung von Hochtemperatur-Prozessen in der Industrie mit nicht fossilen Brennstoffen.

Die Absicherung von Infrastruktur-Risiken (Art. 7) zielt insbesondere auf den Aufbau einer Infrastruktur für den Transport von CO_2 sowie auf Wärmenetze.

Energiesicherheit: Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz

Das Gesetz beinhaltet auch eine Anpassung des Energiegesetzes (Art. 50a). Über zehn Jahre fördert der Bund mit je 200 Millionen Franken den Ersatz fossiler Heizungen sowie elektrischer Widerstandsheizungen durch erneuerbare Heizsysteme sowie die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden.

Fossile Heizungen haben eine Lebensdauer von 20 bis 25 Jahren. Es ist für die Erreichung des Netto-Null-Ziels also wichtig, dass möglichst bald keine solchen Heizungen mehr installiert werden.

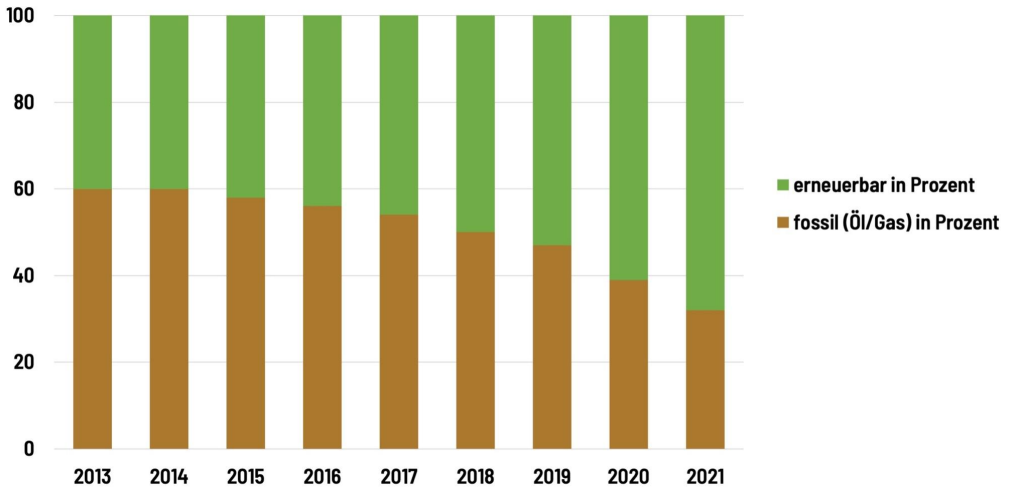

Abb.: Anzahl verkaufter Heizsysteme in Wohngebäuden der Schweiz (Neubauten und Heizungsersatz). Quelle: Energiedirektorenkonferenz.

2021 wurden beim Heizungsersatz erstmals mehr erneuerbare als fossile Heizsysteme installiert. Das bedeutet aber, dass immer noch ein grosser Teil der fossilen Heizungen durch ebensolche ersetzt wird. Das Impulsprogramm soll hier abhelfen. Zu ersetzen sind auch elektrische Widerstandsheizungen, weil sie enorme Mengen Strom verbrauchen. Erneuerbare Heizsysteme brauchen zwar auch Strom, sind aber viel

energieeffizienter, denn sie brauchen den Strom nicht, um Wärme zu erzeugen, sondern um Wärme zu transportieren.

Weitere Elemente des Klimaschutz-Gesetzes

Bund und Kantone sorgen für die notwendigen Massnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels (Art. 8).

Der Bund sorgt dafür, dass der Schweizer Finanzplatz einen effektiven Beitrag zur emissionsarmen und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähigen Entwicklung. Zu diesem Zweck kann er mit den Finanzbranchen Vereinbarungen abschliessen (Art. 9).

Die Bundesverwaltung senkt ihre eigenen Treibhausgas-Emissionen bereits bis 2040 auf netto null; die Kantone streben dasselbe Ziel an (Art. 10).

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament periodisch neue Anträge zur Erreichung der Emissionsziele (Art. 11).

→ Hier geht es zur Informationsseite des Bundes.

3. Storyline: Welche Geschichte erzählen wir (und welche erzählt die SVP)?

Die öffentliche Debatte folgt stark dem SVP-Framing – selbst in uns wohlgesonnenen Beiträgen: Es ist von Strom, Kosten und Zwang die Rede – und kaum vom Klima, nicht von fossiler Energie und nicht von Chancen. Wir müssen versuchen, dem entgegenzuhalten!

3.1 Unsere Storyline

Die Schweiz ist als Alpenland besonders stark vom Klimawandel betroffen. Die Temperatur steigt doppelt so schnell wie im weltweiten Durchschnitt, unsere Gletscher schmelzen immer schneller und die Sommer sind von Wassermangel und Waldbränden geprägt. Extremwetter haben drastische Auswirkungen auf die Natur und die Tierwelt. Sie betreffen aber auch Lebensqualität und Wirtschaft.

Mit dem Klimaschutz-Gesetz **schützen wir, was uns wichtig ist**. Wir übernehmen Verantwortung auch für die kommenden Generationen und machen die Schweiz und ihre Wirtschaft zukunftsfähig.

Der pragmatische Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative des Parlaments **bringt effektiven Klimaschutz**. Wir setzen auf langfristige Klimaziele, Investitionen und die Förderung von Innovationen sowie den Ersatz von Heizungen und Gebäudesanierungen.

3.2 Die Storyline der SVP

Die SVP **argumentiert fast ausschliesslich energiepolitisch** – zum Thema Klima beschränkt sie sich praktisch auf die Aussage, dass das Gesetz «dem Klima nichts nütze» (wobei einzelne SVP-Exponent:innen auch immer mal die Klimakrise leugnen).

Die Energiedebatte reduziert die SVP auf Strom. Sie nutzt die Angst vor einer «Stromlücke» und den Umstand, dass mit der Energiewende der Stromverbrauch tatsächlich steigen wird. Sie blendet aber völlig aus, dass wir heute drei Viertel unserer Primärenergie mit Importen decken. Dagegen tut sie so, als müssten wir uns mit Strom ganzjährig vollständig selbst versorgen können, wodurch die Energiewende tatsächlich sehr teuer würde.

Die SVP **setzt auf die Gegenüberstellung von «Realismus» vs. «links-grüne Utopien»**. Die Energiewende wird als technisch unrealistisch, unsicher und teuer dargestellt. Das schliesst gut an ein falsches, aber weit verbreitetes Narrativ an. Vgl. dazu die Antworten auf die Fragen 3, 4, 5 und 10 im Kapitel «Fragen und Antworten zum Klimaschutz-Gesetz».

Die SVP beklagt sich nicht über die 3,2 Milliarden Franken über zehn Jahre, die die Programme des Klimaschutz-Gesetzes kosten, sondern über die angeblichen Kosten der Energiewende und die dadurch angeblich steigenden Energiekosten für Haushalte und Unternehmen.

Es ist **wichtig, das Narrativ (den «Frame») eines Gegners oder einer Gegnerin nicht unfreiwillig zu bekräftigen**, wenn man ihm oder ihr widerspricht. Darum sollte man auf die Behauptung, die Energiewende sei teuer, nicht antworten: «Die Energiewende kostet gar nicht so viel», sondern: «Die Energiewende ist wirtschaftlich vorteilhaft». Und auf die Aussage «Die erneuerbaren Energien sind unsicher» verweist man idealerweise darauf, dass es heute die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten ist, die unsere Energieversorgungssicherheit gefährdet.»

Und es ist **wichtig, dass wir immer wieder auf das Klima zu sprechen kommen** – das ist unsere Legitimation!

4. Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für …

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für das Klima.

Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlagen. Sie lässt sich nur begrenzen, wenn die Treibhausgas-Emissionen weltweit netto null erreichen. Das Klimaschutz-Gesetz weist den Weg zu Netto-Null in der Schweiz.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für die Energiesicherheit.

Die Schweiz bezieht heute 59 Prozent ihrer Energie aus Erdöl, Erdgas und Kohle, mehr als die Hälfte davon aus Autokratien wie Russland, Kasachstan oder Libyen. Diese Abhängigkeit von fossiler Energie ist der grösste Unsicherheitsfaktor unserer Energieversorgung. Das Klimaschutz-Gesetz weist den Weg aus der Abhängigkeit von fossiler Energie. Der Gesamt-Energieverbrauch wird sinken. Strom werden wir etwas mehr verbrauchen – 25 bis 40 Prozent mehr als heute. Diesen Strom können wir selber machen.[3]

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für Innovation.

Die Energiewende findet weltweit statt. Die Schweiz kann sie als Chance nutzen – oder die Chance verpassen. Das Klimaschutz-Gesetz fördert mit 200 Millionen Franken jährlich über sechs Jahre neuartige Technologien und Prozesse. So bleibt die Schweiz wettbewerbsfähig.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für den Werkplatz Schweiz.

Durchschnittlich acht Milliarden Franken pro Jahr zahlten wir in den letzten Jahren für fossile Energien ins Ausland; 2022 waren es sogar 13 Milliarden. Erzeugen wir die Energie selbst, bleibt diese Wertschöpfung in der Schweiz und schafft hier Zehntausende Arbeitsplätze.[4]

---

[3] Die Internationale Energieagentur schreibt in ihrem World Energy Outlook 2022, dass die Energiekrise gezeigt habe, wie fragil und nicht nachhaltig das gegenwärtige Energiesystem sei und dass höhere Anteile erneuerbarer Energie im Energiemix mit tieferen Strompreisen während der Krise verbunden seien.

[4] Die Studie «Das Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzpotential des beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in der Schweiz» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (2021) beziffert das Arbeitsplatzpotenzial bis 2035 bei einem «moderaten Ausbau» der erneuerbaren Energien auf 52 000 Vollzeitstellen, bei einem «forcierten Ausbau» auf 87 000.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für die Wirtschaft.

Die Energiewende bringt Wertschöpfung[5] – weil wir die Energie selbst erzeugen werden, statt weiterhin Jahr für Jahr 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland zu zahlen.

Die Emissionsziele schaffen Planungssicherheit. Das erlaubt namentlich dem Cleantech-Sektor, in Produktionskapazitäten und Ausbildung zu investieren, um nachhaltig zu wachsen.

Die Schweiz bringt in der Umwelttechnik immer wieder Pionierunternehmen hervor.[6] Sie schafft es aber schlecht, die Unternehmen dieser Branche aus der Nische heraus in die Breite wachsen zu lassen.[7] Das Klimaschutz-Gesetz gibt den nötigen Auftrieb.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für das Gewerbe.

Die Energiewende gibt zu tun: Das schafft Arbeit für das hiesige Gewerbe! Vom Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz profitieren namentlich die Haustechnikbranche, die Solarbranche und weite Teile des Bauhaupt- und Nebengewerbes.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für KMUs.

Viele Unternehmen möchten ihre Emissionen reduzieren. Gerade KMUs, die keine Umweltabteilungen haben, sind damit aber oft überfordert. Dank dem Klimaschutz-Gesetz unterstützt der Bund diese Unternehmen auf ihrem Weg zu Netto-Null.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für den Finanzplatz.

Die Dekarbonisierung des Energiesystems verlangt nach Investitionen. Eine Studie der Bankiervereinigung hat gezeigt, dass der Schweizer Finanzmarkt diese Investitionen leisten kann, die wiederum hauptsächlich der Schweizer Wirtschaft zugute kommen.

Das Klimaschutz-Gesetz ermöglicht es dem Bundesrat, mit der Finanzbranche zur klimaverträglichen Ausrichtung der Finanzflüsse abzuschliessen. Das passt zum Bestreben der Branche, «eine weltweit führende Rolle» einzunehmen.

---

5 Die Studie «Das Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzpotential des beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in der Schweiz» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (2021) beziffert das Wertschöpfungspotenzial bis 2035 bei einem «moderaten Ausbau» der erneuerbaren Energien auf 77 Milliarden Franken, bei einem «forcierten Ausbau» auf 145 Milliarden.

6 Zu den Pionieren gehören etwa die Unternehmen Climeworks (CO_2-Abscheidung und Entsorgung), Neustark (CO_2-Speicherung in Zement), Synhelion (synthetische Treibstoffe) oder Hydrospider (Wasserstofflösungen für den Schwerverkehr). Das Neuenburger Forschungsinstitut CSEM ist in der Batterieentwicklung an der Weltspitze mit dabei.

7 Weltweit ist der Umweltsektor 2008 bis 2016 um 120 Prozent gewachsen, in der Schweiz nur um 40 Prozent.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer.

Das Impulsprogramm des Klimaschutz-Gesetzes unterstützt Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die ihre fossile oder widerstandselektrische[8] Heizung ersetzen oder ihr Haus energetisch sanieren wollen, mit jährlich 200 Millionen Franken über zehn Jahre.[9]

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für Mieterinnen und Mieter.

Erneuerbare Heizsysteme kosten im Betrieb weniger als Öl- oder Gasheizungen. Die Betriebskosten zahlen Mieterinnen und Mieter. Wird eine Heizung dank dem Klimaschutz-Gesetz ersetzt und führt eine energetische Sanierung zu Einsparungen, profitieren die Mieterinnen und Mieter von tieferen Nebenkosten.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für die Gesundheit.

Hitze tötet. Ein Drittel aller hitzebedingten Todesfälle in der Schweiz kann auf die Emission von CO_2 zurückgeführt werden. Die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle verschmutzt die Luft. Die Kostenfolgen von Luftverschmutzung und Lärm durch Motorfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren betragen heute mehrere Milliarden Franken pro Jahr.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für die Schweiz und die Welt!

[8] Elektrische Widerstandsheizungen wandeln elektrische Energie in Wärme um. Das verbraucht sehr viel Elektrizität. Wärmepumpensysteme hingegen nutzen Umgebungs- oder Erdwärme. Sie brauchen auch Strom, aber viel weniger als Widerstandsheizungen, weil sie die elektrische Energie nutzen, um Wärme zu transportieren, und nicht, um sie zu produzieren.

[9] Laut der repräsentativen Umfrage «Kundenbarometer Erneuerbare Energien» der Universität St. Gallen vom November 2022 sehen 80 Prozent der Befragten in den hohen Investitionskosten das Haupthindernis für die Anschaffung von Wärmepumpen. Hier hilft das Impulsprogramm.

5. Fragen und Antworten zum Klimaschutz-Gesetz

1. Was bringt das Klimaschutz-Gesetz?

Das Klimaschutz-Gesetz weist den Weg zu netto null Treibhausgas-Emissionen[10] und **bringt die Schweiz auf Klimakurs**. Wenn wir die Erhitzung des Klimas begrenzen, ersparen wir uns Klimaschäden in Milliardenhöhe und vermeiden Hunderte Todesfälle[11] pro Jahr.

Das Klimaschutz-Gesetz weist den Weg zur **Unabhängigkeit von fossilen Energien** (Erdöl, Erdgas und Kohle) und stärkt somit die Energiesicherheit. Der Bund unterstützt Unternehmen und Private bei der Umstellung auf umweltfreundliche Technologien und fördert die **Innovation**.

Das Klimaschutz-Gesetz ist der indirekte Gegenvorschlag[12] zur 2019 eingereichten Gletscher-Initiative.

2. Wozu braucht es das Klimaschutz-Gesetz?

Das Klimaschutz-Gesetz ist dringend notwendig: Austrocknende Flüsse, Hitzerekorde und sterbende Gletscher in der Schweiz. Schneefreie Wintersportorte. 20.000 vorzeitige Todesfälle aufgrund der Hitze in ganz Europa im Sommer 2022. Ein Extrem-Monsun, der ein Drittel von ganz Pakistan unter Wasser setzt und 1700 Menschen tötet: **Die Klimakrise ist heute schon dramatische Realität**.

Die weitere Erhitzung der Erde kann nur gestoppt werden, wenn die Menschen aufhören, Treibhausgase auszustossen. Mit diesem Ziel haben die Uno-Mitglieder 2015 das Übereinkommen von Paris ausgehandelt. Das Klimaschutz-Gesetz schafft die gesetzliche Grundlage, damit die Schweiz die internationale Zielvereinbarung einhalten und ihre Treibhausgas-Emissionen auf netto null senken kann.

[10] Was sind Treibhausgase? Siehe unten, Frage 23.
[11] In Hitzejahren sterben in der Schweiz mehrere Hundert Menschen vorzeitig aufgrund der Hitze – 2003 starben fast 1000 Menschen, 2015 800 Menschen an der Hitze.
[12] Ein *indirekter* Gegenvorschlag ist ein Gesetz, während ein *direkter* Gegenvorschlag – wie auch die Volksinitiative – eine Verfassungsänderung wäre.

3. Woher kommt unsere Energie, wenn wir aus den Fossilen aussteigen?

Heute decken wir 59 Prozent unseres Energiebedarfs mit fossilen Brenn- und Treibstoffen. Künftig werden wir vor allem elektrische Energie verbrauchen, die wir mehrheitlich selber erzeugen.

Selbst wenn wir im Winter – wie heute schon – Strom importieren werden, wird der Grad der **Eigenversorgung markant steigen**: Die fossilen Energien importieren wir zu 100 Prozent – mehrheitlich aus autoritär regierten Ländern wie Russland, Nigeria, Libyen, Kasachstan oder Irak.

Weil an die Stelle der Verbrennung fossiler Energieträger elektrische Anwendungen treten, werden wir 25 bis 40 Prozent mehr Strom brauchen als heute. **Insgesamt wird der Energieverbrauch aber deutlich sinken**, weil elektrische Anwendungen viel effizienter sind.

4. Werden wir genug Strom haben?

Ja: Das zeigen zahlreiche Studien. Zur Zeit haben wir genug Strom und in Zukunft werden wir auch genug Strom haben, wenn wir die erneuerbare Stromproduktion ausbauen – so wie es das Parlament plant.[13]

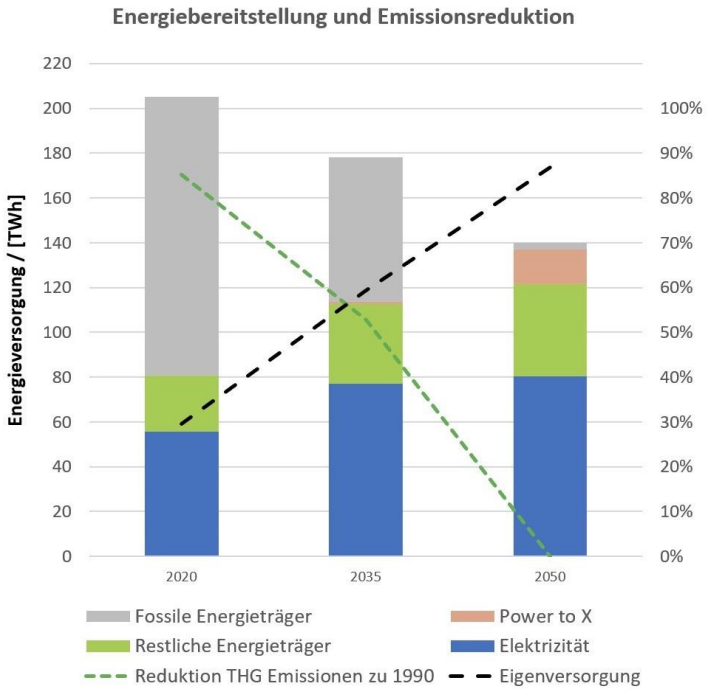

Abb.: Swisscleantech. Daten: Energieperspektiven 2050+.

[13] Die wichtigste energiepolitische Vorlage, der so genannte Mantelerlass, wurde 2022 vom Ständerat verabschiedet und wird 2023 vom Nationalrat debattiert. Beide Räte haben zudem 2022 den Dringlichen Bundesbeschluss zum Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion verabschiedet.

Nach Angaben des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen führt die Energiewende zu einem Mehrverbrauch von 25 bis 40 Prozent. Studien des Bundes, der Akademien der Wissenschaften, der ETH Zürich, der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen oder von Greenpeace zeigen, dass die vollständige Dekarbonisierung des Energiesystems der Schweiz machbar und vorteilhaft ist und bei geeigneten Massnahmen sogar bis 2035 erfolgen könnte. Zudem liesse sich nach Angaben des Bundesamts für Energie allein durch Effizienzsteigerung 25 bis 40 Prozent des Energieverbrauchs einsparen.

Der interaktive «Power Switcher» von Axpo zeigt, wie sich Stromangebot und -nachfrage je nach Szenario entwickeln werden.

5. Haben wir aber auch genug Strom zur rechten Zeit?

Ja. Die Schweiz produziert zwar typischerweise im Winter weniger Strom, als sie verbraucht, im Sommer dagegen Überschüsse. Das wichtigste Mittel, um Angebot und Nachfrage über die Jahreszeiten auszugleichen, ist der Stromhandel mit unseren europäischen Nachbarn.

Mit ihren Speicherseen verfügt die Schweiz über gute Möglichkeiten, Strom zu speichern. Kein anderes europäisches Land hat so günstige und grosse Speicher. Dank diesen Speicherseen können wir vom Austausch mit Europa wirtschaftlich profitieren.

Strom kurzzeitig zu speichern wird immer günstiger. Die Preise für Batterien sind in den letzten 3 Jahren um den Faktor 6 gefallen und neue, noch günstigere Systeme sind in der Entwicklung.[14] Auch die immer zahlreicheren Elektroautos können kostengünstig als Zwischenspeicher genutzt werden. Zur langfristigen Speicherung eignet sich die Produktion flüssiger oder gasförmiger Brenn-/Treibstoffe («Power-to-X») mit Überschussstrom.

Schliesslich ist das Potenzial, den Stromverbrauch kurzzeitig an das Angebot anzupassen, gross – etwa Waschmaschinen, die dann waschen, oder Batterien, die sich dann aufladen, wenn das Stromangebot gut ist. So wird dann Strom genutzt, wenn das Angebot gross und der Preis tief ist.

[14] An dieser Entwicklung sind auch Schweizer Forschungsinstitute führend beteiligt, namentlich das Neuenburger CSEM.

6. Müssen wir alle unberührten Landschaften mit Windrädern und Solarpanels verbauen?

Nein. Zwar werden wir mehr Strom benötigen – etwa 25 bis 40 Prozent. Doch allein schon das Potenzial für Photovoltaik auf Gebäudedächern ist riesig. Ergänzend dazu können alpine Solaranlagen sinnvoll sein, weil deren Ertrag höher ist als im Flachland – dank der Abstrahlung des Sonnenlichts durch den Schnee und längerer Sonnenscheindauer auch im Winter. Für deren Bau **müssen keine naturschützerisch wertvollen Gebiete geopfert werden**.

Wie viele alpine Solaranlagen oder Windkraftwerke sinnvoll sind, muss politisch ausgehandelt werden. Artikel 89 der Bundesverfassung müssen und können wir einhalten: Er verlangt, dass die Energieversorgung «umweltverträglich» und die Energienutzung «sparsam und rationell» sein müssen.

Wie der so genannte Mantelerlass, den das Parlament derzeit berät, den Naturschutz beim Ausbau von Energieanlagen berücksichtigen wird, ist noch offen: Sowohl bei der Frage des Restwasser wie bei der Frage, ob in Gebieten gebaut werden darf, die im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler verzeichnet sind, bestehen zwischen dem National- und dem Ständerat Differenzen.

7. Warum enthält das Klimaschutz-Gesetz keine Massnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion?

Zur Bewältigung der Klimakrise kommt es darauf an, die Treibhausgasemissionen auf netto null zu senken. Das Klimaschutz-Gesetz befasst sich damit – und folgerichtig auch damit, wie wir uns von fossiler Energie befreien. Der Ausbau der Ersatzenergien – also namentlich der erneuerbaren Stromproduktion – ist Gegenstand anderer Gesetze, namentlich des so genannten Mantelerlasses, den der Ständerat 2022 beschlossen hat und der 2023 in den Nationalrat kommt. Diese Gesetze ergänzen sich.

8. Gibt es genug Fachkräfte, Wärmepumpen und Solarpanels für die Energiewende?

Zur Zeit herrscht Fachkräftemangel – keineswegs nur im Bereich der erneuerbaren Energietechnik – und es gibt Lieferengpässe bei Wärmepumpen, Solaranlagen und so weiter. Das Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz ist auf zehn Jahre angelegt und schafft eine garantierte Nachfrage. Das bringt **Planungssicherheit für Unternehmerinnen und Unternehmer**, so dass es sich lohnt, in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften und den Ausbau der Produktionskapazitäten zu investieren.

9. Heute decken die neuen erneuerbaren Energien wenige Prozent des Energieverbrauchs. Wie soll es da möglich sein, eines Tages alle Energie erneuerbar zu erzeugen?

Dank der Wasserkraft produziert die Schweiz schon heute mehr als zwei Drittel ihres Stroms erneuerbar. Die «neuen» erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Windkraft oder Erdwärme) machen erst einen kleinen Teil der Stromproduktion aus. Aber **die erneuerbare Energietechnik wächst exponentiell**.[15]

Exponentielles Wachstum ist schwer zu fassen: Lange sieht es aus, als wäre das Wachstum nur langsam – und plötzlich geht es schnell. Die erneuerbaren Energietechniken befinden sich jetzt an dem Punkt, wo sie sich durchsetzen: 2022 produzierte die EU erstmals mehr als die Hälfte ihres Stroms aus Windkraft und Sonnenenergie.

Geeignete politische Rahmenbedingungen können dieses Wachstum beschleunigen.

10. Wird Strom teurer?[16]

Im Gegenteil. Die Kosten der erneuerbaren Energietechniken sind in den letzten Jahren dank technischer Fortschritte und Skaleneffekten rapide gefallen. **In den meisten Fällen sind heute Solaranlagen und Windturbinen** die billigste Art, Strom zu produzieren, und die Kosten fallen weiter. Noch deutlicher wird der Kostenvorteil der Erneuerbaren, wenn man die externen Kosten und die Schadensbilanz von Klimakatastrophen mitberücksichtigt.

[15] So wuchs etwa der Anteil der beheizten Wohnfläche mit Wärmepumpen zwischen 2000 und 2020 um 8,5, der Anteil der beheizten Wohnfläche mit Solarthermie um 8,4 Prozent pro Jahr. Das ergibt eine Verdoppelung ungefähr alle achteinhalb Jahre. – Wärmepumpen: 2000 3.51% der beheizten Wohnfläche, 2010: 9.05%, 2020: 18.34%; Solarthermie: 2000: 0.10%, 2010: 0.22%, 2020: 0.51%. Zahlen des Bundesamts für Energie, zitiert nach: Winkler / Wlodarczak (2022): Eine effektive und effiziente (Schweizer) Klimapolitik: Warum wir sie unbedingt und schnell brauchen und die Angst vor den damit verbundenen Veränderungen unbegründet ist. Discussion Paper, Universität Bern.

[16] Die SVP behauptet in ihrem Argumentarium: «Eine ETH-Studie rechnet zudem mit einer Verdreifachung der Energiekosten: das bedeutet 6'600 Franken Mehrkosten pro Person im Jahr!» Sie bezieht sich hier auf eine Studie von Empa und EPFL Sion (Züttel et al. 2022), die in der Fachwelt als ausgesprochen schlecht gemacht gilt. Sie geht davon aus, dass die Schweiz rund ums Jahr nie Strom importieren dürfe – was eine technologisch wie ökonomisch unsinnige Annahme ist.

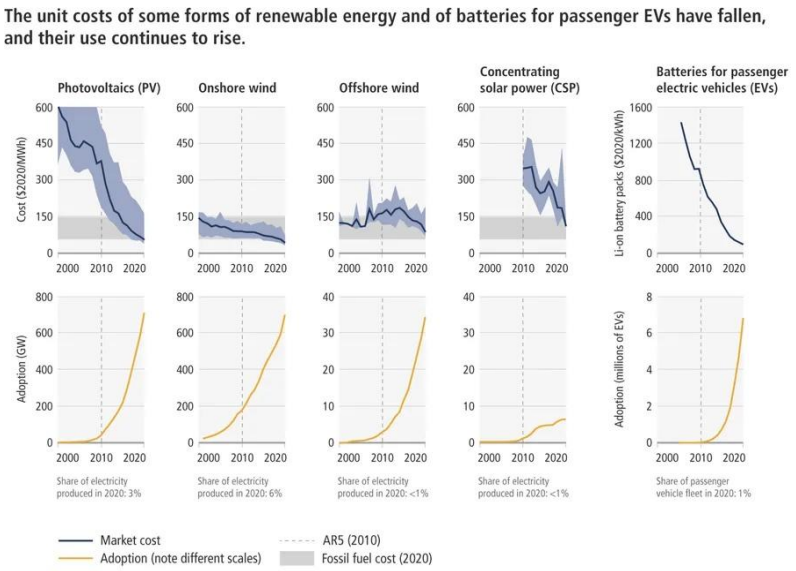

Abbildung: IPCC: [Assessment Report 6 Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change](), Abb. SPM.3

Vor allem **werden die Energiepreise verlässlicher**, wenn wir uns von fossiler Energie befreien. Der Preis der fossilen Energien schwankt sehr stark. Der Marktpreis für Strom ist eng an den Gaspreis gekoppelt; der Hauptgrund für die extremen Preisaufschläge des Stroms im Sommer 2022 war die Situation auf dem Gasmarkt.[17] Produzieren wir unseren Strom selber, sind wir davon unabhängig.

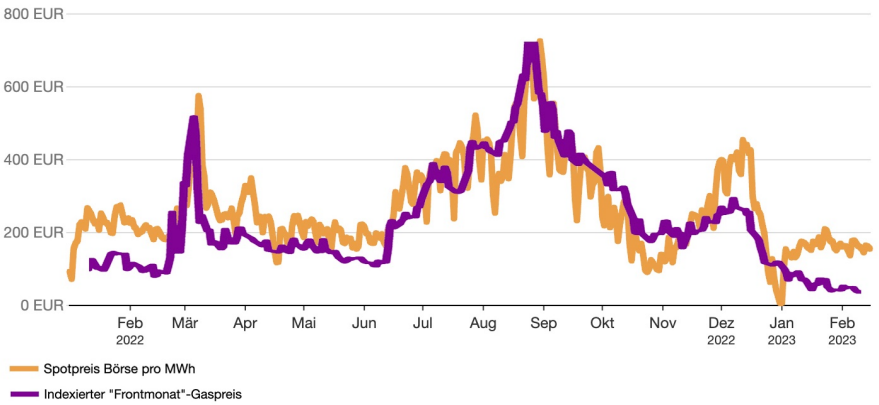

Abb.: Die beiden Kurven zeigen, wie eng der Strompreis (Spotmarkt) an den Gaspreis gekoppelt ist. Der Gaspreis erreichte im Jahr 2022 Spitzen am 7. März, 26. August und 12. Dezember; der Strompreis folgte jeweils mit wenig Verzögerung. Eigene Grafik; Daten: [Dashboard des Bundesamts für Energie]().

[17] Die Koppelung rührt daher, dass sich der Preis auf dem Spotmarkt nach den Kosten der zuletzt zugeschalteten Kraftwerke richtet. Das sind heute die Gaskraftwerke.

11. Wird Autofahren teurer?

Nein. Anders als das 2021 abgelehnte CO_2-Gesetz sieht das Klimaschutz-Gesetz keine Kompensationspflicht für Treibstoffe vor. Weil auch der Verkehr seine Emissionen auf netto null senken muss, wird ein Umstieg auf andere Antriebsarten nötig sein – hauptsächlich auf elektrische Antriebe. **Bereits heute sind E-Autos über ihre ganze Lebenszeit günstiger** als Autos mit Verbrennungsmotoren. Aufgrund der schnellen technischen Entwicklung ist damit zu rechnen, dass E-Autos sehr bald auch schon in der Anschaffung günstiger sein werden.

12. Wird man noch fliegen können?

Ja. Die Elektrifizierung ist hier zwar höchstens für Kleinflugzeuge eine Lösung. Möglich ist aber eine Umstellung auf synthetische, klimaneutrale Treibstoffe. Die Schweiz gehört mit der ETH Zürich und dem Startup Synhelion zu den Pionieren der Herstellung solcher Treibstoffe. Noch ist synthetischer Treibstoff teurer als Kerosin aus Erdöl und die Produktionskapazitäten müssen aufgebaut werden.

Die Innovationsförderung des Klimaschutz-Gesetzes hilft, Techniken wie synthetische Treibstoffe zur Marktreife zu entwickeln. Nicht vermeidbare Emissionen können mit so genannten Negativemissions-Techniken ausgeglichen werden.[18]

13. Ist die Energiestrategie denn nicht gescheitert?

Nein. Die Energiestrategie 2050 – präziser: ihre erste Etappe – wurde vom Volk 2017 mit 58 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Ein Bericht des Bundes vom Dezember 2022 zeigt, dass die Schweiz die Richtwerte für das Jahr 2020 erfüllt hat. Der Bericht verweist auch auf die «Risiken, die mit der Abhängigkeit der Schweiz von Öl und Gas aus dem Ausland verbunden sind.» Es braucht aber zusätzliche Massnahmen, um die Ziele bis 2050 zu erreichen. **Das Parlament hat die nötigen Schritte in die Wege geleitet.** Gegen den so genannten Mantelerlass, der die erneuerbare Energieproduktion zügig ausbauen will, wehrt sich ausgerechnet die SVP.

[18] Die Luftfahrt muss ihre Emissionen ebenfalls bis 2050 auf netto null senken; ihre Emissionen werden aber nicht an die Zwischenziele des Klimaschutz-Gesetzes angerechnet.

14. Ist es nicht einfacher, CO_2 aus der Luft zu holen, statt die Emissionen zu reduzieren?

Nein. CO_2 aus der Luft zu holen und sicher zu entsorgen, ist energieaufwendig und teuer. Wir verbrennen heute Kohlenstoff zu CO_2, um billig Energie zu gewinnen. **Wenn wir das CO_2 anschliessend mit viel Energie teuer wieder unschädlich machen müssen, ist das wirtschaftlicher Widersinn.**

Die zurzeit weltgrösste Anlage, die CO_2 aus der Luft holt und sicher lagert, ist die Orca-Anlage in Island, betrieben vom Schweizer Unternehmen Climeworks. Es kann laut Angaben der Betreiber jährlich 4000 Tonnen CO_2 unschädlich machen. Das ist ein Zehntausendstel der Schweizer Emissionen[19] zu Kosten von 600 bis 1000 Dollar pro Tonne CO_2 (das entspricht «Entsorgungskosten» von 1.40 bis 2.40 Franken für das in einem Liter Benzin enthaltene CO_2).

CO_2 aus Abgasen statt aus der Luft abzuscheiden, ist einfacher, aber nur bei Grossanlagen wie Kehrichtverbrennungsanlagen oder Zementwerken sinnvoll, nicht bei Gebäudeheizungen oder Fahrzeugen.

Gleichwohl müssen wir CO_2 aus der Luft holen und entsorgen, weil sich gewisse Treibhausgasemissionen nicht vermeiden lassen und weil es bereits zuviel CO_2 in der Atmosphäre hat. Darum sieht das Klimaschutz-Gesetz vor, dass Bund und Kantone die nötigen Kapazitäten ausbauen. Das darf aber nicht dazu benutzt werden, das Zeitalter der fossilen Energieträger zu verlängern.

15. Warum lassen sich unsere Emissionen nicht einfach im Ausland kompensieren?

«Kompensieren» bedeutet: Die Schweiz bezahlt ein anderes Land dafür, seine Emissionen zu senken. Das Hauptproblem dabei: Wenn alle Länder ihre Emissionen auf netto null senken müssen, wird es in naher Zukunft kein Land mehr geben, das seine Emissionssenkungen weiterverkaufen kann. Mit «Kompensationen» erkauft sich die Schweiz also lediglich einen Aufschub – um dann, wenn es keine solchen Angebote mehr gibt, die eigenen Emissionen umso schneller senken zu müssen. Mit «Kompensationen» **betreiben wir Strukturerhalt, statt die Investitionen zum Wohl der eigenen Wirtschaft einzusetzen!**

Hinzu kommt, dass die Emissionssenkungen, die in «Kompensationen» gehandelt werden, letztlich auf hypothetischen Berechnungen beruhen. Eine Recherche der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* und des britischen *Guardian* vom Januar 2023 kam zum Schluss, dass über 90 Prozent der Projekte weniger Emissionen reduzieren als im Rahmen des Kompensations-Deals angenommen.

[19] Zur Zeit baut Climeworks in Island eine neue Anlage, Mammoth. Sie soll eine Kapazität von 36.000 Tonnen CO_2 pro Jahr haben – was immer noch nur rund einem Tausendstel der schweizerischen Emissionen entspricht.

Fairerweise sollten diese Fakten den Bund und die Schweizer Wirtschaft aber nicht davon abhalten, ärmere Länder dabei zu unterstützen, ihre Emissionen zu senken.

16. Kann man die Emissionen überhaupt auf netto null senken?

Das Bundesamt für Umwelt geht davon aus, dass nach der Energiewende rund 10 % der inländischen Treibhausgas-Emissionen übrig bleiben. Diese werden – nach aktuellem Wissensstand – hauptsächlich aus der Viehhaltung, der Abfallverbrennung, der Zementindustrie und der Luftfahrt stammen.

Um das Netto-Null-Ziel zu erreichen, müssen die verbleibenden Emissionen mit CO_2-Entnahme und -Speicherung (CCS) ausgeglichen werden. Das Klimaschutz-Gesetz verpflichtet Bund und Kantone, dafür zu sorgen, dass dafür genügend Speicher im In- oder Ausland zur Verfügung stehen. Nach 2050 soll die Schweiz der Atmosphäre dadurch mehr Treibhausgase entziehen, als sie ausstösst (Art. 3 Abs. 2).

Dass die Emissionen netto null erreichen müssen, ist unverhandelbar, denn solange netto noch Treibhausgase in die Luft gelangen, erwärmt sich das Klima weiter – das ist eine physikalische Tatsache. Wer das Netto-Null-Ziel ablehnt, will die Klimakrise nicht bekämpfen.

17. Was kostet die Energiewende?

Unter dem Strich vermutlich nichts. Anthony Patt, Professor für Klimapolitik an der ETH Zürich, schätzt, dass die Energiewende unter dem Strich wirtschaftlichen Gewinn bringt. Eine Studie im Auftrag des Bundes rechnet hingegen mit geringen Wachstumseinbussen im Bereich von 0,04 bis 0,07 Prozent pro Jahr – also praktisch nicht wahrnehmbar. In diesen Zahlen ist aber nicht berücksichtigt, dass der ungebremste Klimawandel sehr viel höhere Kosten verursacht.

Natürlich muss man zuerst einmal Geld in die Hand nehmen. Es geht dabei um Investitionen, die sich auszahlen werden, nicht um Kosten: **Ein grosser Teil dieser Investitionen sind die Aufträge für das einheimische Gewerbe** – und für den Finanzplatz sind es Gewinngelegenheiten.

Wenn die SVP behauptet, das Gesetz bringe «Kosten von mindestens 387 Milliarden Franken» mit sich, verwechselt sie Kosten und Investitionen: Die Zahl stammt aus einer Studie der Schweizerischen Bankiervereinigung, die zeigt, dass der schweizerische Finanzplatz diese Investitionen aufbringen kann. Mehr als die Hälfte dieser Investitionen sind ausserdem Investitionen, die sowieso fällig werden und nichts mit der Energiewende zu tun haben.[20]

[20] Diese Investitionen verteilen sich über rund 30 Jahre, das ergibt einen Investitionsbedarf von ca. 13 Milliarden Franken pro Jahr. 13 Milliarden zahlte die Schweiz 2022 für Erdöl und Erdgas.

18. Die vorgesehene Förderung neuartiger Technologien und das Impulsprogramm Heizungsersatz kosten 3,2 Milliarden über 10 Jahre. Vermag das die Bundeskasse?

Bei einem Bundesbudget von 80 Milliarden Franken sind durchschnittlich 320 Millionen Franken pro Jahr ein kleiner Fisch. Und **diese Investition lohnt sich auch für die öffentliche Hand**: Es stimuliert die Wirtschaft und erhöht dadurch das Steuersubstrat, reduziert Umweltkosten und macht die Schweiz unabhängiger von Öl- und Gaskrisen.

Auch im Vergleich mit dem Geld, das jährlich für fossile Energien ins Ausland abfliesst, sind 320 Millionen Franken pro Jahr wenig: Durchschnittlich kosteten die Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle in den letzten Jahren 8 Milliarden Franken pro Jahr; 2022 waren es sogar 13 Milliarden.

19. Welche Vollmachten gibt das Klimaschutz-Gesetz dem Bundesrat?

Keine. Der Bundesrat muss dem Parlament weitere Anträge zur Umsetzung des Ziele des Klimaschutz-Gesetzes unterbreiten. Diese durchlaufen den üblichen Vernehmlassungsprozess und müssen vom Parlament beschlossen werden (Art. 11 KIG). Der Bundesrat erhält also keine neuen Vollmachten, die die SVP behauptet.

20. Die Schweiz stösst 1 Promille der weltweiten Treibhausgase aus. Was bringt es, wenn wir unsere Emissionen senken?

Würde die Schweiz allein handeln, brächte das für das globale Klima tatsächlich wenig. Aber die Schweiz handelt ja nicht allein, sondern im Rahmen ihrer Verpflichtungen des Pariser Übereinkommens von 2015, das praktisch alle Staaten der Welt ratifiziert haben.

Historisch gesehen hat die Schweiz bereits zu viele Klimagase ausgestossen, und pro Einwohnerin und Einwohner gerechnet verursacht die Schweiz im globalen Vergleich hohe Emissionen.[21] Würden alle Länder dem Beispiel der Schweiz folgen, würde selbst das Minimalziel des Pariser Übereinkommens deutlich verfehlt.

Die internationale Klimapolitik beruht auf dem Prinzip der «gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten». Als reiches Land und als hervorragender Wissenschaftsstandort steht die Schweiz besonders in der Pflicht, Lösungen zu entwickeln, die global wirken.

Das waren Kosten – dieses Geld floss ins Ausland ab, während die Investitionen grösstenteils Investitionen in die Schweizer Wirtschaft sind und also im Land bleiben.

[21] Solange man nur die auf eigenem Territorium ausgestossenen Treibhausgase zählt, liegt die Schweiz mit ihren Treibhausgasemissionen ungefähr im globalen Durchschnitt. Rechnet man aber die Emissionen hinzu, die bei der Herstellung von Produkten anfallen, die die Schweiz importiert, sind sie im internationalen Vergleich sehr hoch.

Aber selbst wenn man all diese Überlegungen beiseite lässt: Die Energiewende ist in unserem eigenen Interesse, denn sie bringt wirtschaftliche und gesundheitliche Vorteile – unabhängig vom Beitrag zum Klimaschutz!

21. Bringt der Markt die Energiewende nicht von alleine?

Nein. Um der Klimakrise beizukommen, bedarf es einer technologischen Transformation. Die Voraussetzungen dafür muss die Politik schaffen. Technik entwickelt sich immer unter gewissen politischen Rahmenbedingungen. Oft hindern so genannte Pfadabhängigkeiten neue Techniken, die vorteilhaft wären, an einem Durchbruch. Derzeit profitieren die fossilen Energien von massiven weltweiten Subventionen sowie vom Umstand, dass die Schäden, die ihre Nutzung verursacht, von der Allgemeinheit getragen werden. Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für den Markt richtig zu setzen.

22. Ist nicht die Zuwanderung das Hauptproblem? Mehr Einwohner:innen verursachen auch mehr Emissionen!

Nein: Für das Netto-Null-Ziel ist die Bevölkerung irrelevant: Ob 8 oder 10 Millionen Menschen netto null Treibhausgase emittieren, kommt auf dasselbe heraus.

Die Folgen der Klimakrise wird Hunderte Millionen Menschen in die Flucht treiben. Klimaschutz mindert den Migrationsdruck.[22]

23. Was sind Treibhausgase?

Treibhausgase in der Atmosphäre tun dasselbe wie das Glas eines Treibhauses: Sie lassen Sonnenlicht rein, aber nur einen Teil der eingestrahlten Wärme wieder raus. Ohne Treibhausgase wäre die Erde unbewohnbar kalt. Treibhausgase sind also nicht per se ein Problem; das Problem ist, dass ihre Konzentration in der Atmosphäre aufgrund menschlicher Emissionen zunimmt.

Das wichtigste der vom Menschen verursachten Treibhausgase ist CO_2 (Kohlendioxid). Es entsteht bei der Verbrennung fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas und Kohle) sowie im chemischen Prozess der Zementherstellung. Das Treibhausgas Methan entsteht bei der Zersetzung organischer Materialien, namentlich in den Mägen von Kühen und anderen Wiederkäuern. Erdgas besteht zu einem grossen Teil aus Methan und kann bei Lecks in die Atmosphäre gelangen. Lachgas entsteht vor allem als Abbauprodukt von Stickstoffdüngern in der Landwirtschaft. Schliesslich gibt es synthetische Gase, die extrem starke Treibhauswirkungen haben, aber nur in sehr geringen Konzentrationen in der Atmosphäre vorkommen.

[22] «Increasing adaptive capacities minimises the negative impacts of climate-related displacement and involuntary migration for migrants and sending and receiving areas (high confidence).» (*Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Summary for Policy Makers*, Seite 25: C.2.12.)

6. Wer unterstützt das Klimaschutz-Gesetz?

Das Klimaschutz-Gesetz wurde im Nationalrat mit 139 Ja zu 51 Nein und im Ständerat mit 38 Ja zu 4 Nein verabschiedet. Die SVP hat das Referendum gegen das Gesetz ergriffen; die meisten Parteien, Verbände und Fachorganisationen unterstützen das Gesetz. Auch die Konferenz der Kantonsregierungen unterstützt das Klimaschutz-Gesetz.

Eine Liste der unterstützenden Organisationen findet sich online hier. Die Liste wird laufend aktualisiert.

7. Weitere verfügbare Informationen auf Anfrage

Weiteres Informationsmaterial stellen wir auf Anfrage gerne zur Verfügung:

1. Argumentarien

allgemeines Argumentarium Überzeugung: 7 Seiten; man kann die ersten zwei Seiten für sich alleine verwenden. Deutsch, französisch und italienisch. Zielpublikum: noch nicht überzeugte Personen.

allgemeines Argumentarium Mobilisierung: 3 Seiten, deutsch, französisch, italienisch. Zielpublikum: bereits überzeugte Personen, die noch mobilisiert werden müssen.

Spezial-Argumentarium Gewerbe: 7 Seiten, deutsch und französisch, Zielpublikum: Gewerbetreibende.

Spezial-Argumentarium Impulsprogramm: 3 Seiten, deutsch, Zielpublikum: Hauseigentümer:innen und Mieter:innen.

One-Pager Landwirtschaft: 1 Seite, deutsch und französisch, Zielpublikum: Landwirt:innen; Menschen im ländlichen Raum.

2. Dokumente mit Hintergrundinformationen

Das Gesetz Artikel für Artikel: 2½ Seiten, deutsch und französisch, Charakter: erläuternd.

Erläuterungen zu wichtigen Punkten des Gesetzes: 8 Seiten, deutsch, Charakter: erläuternd.

Auswirkungen des Gesetzes: deutsch, Charakter: erläuternd.

Der klima- und energiepolitische Kontext (international, national, kantonal, kommunal): 3 Seiten, deutsch, Charakter: erläuternd; 3 Seiten.

Klima: Was müssen wir erwarten?: 9 Seiten mit Grafiken, deutsch, Charakter: erläuternd.

Energie: Wie wir die Energiewende schaffen: 6 Seiten, deutsch, Charakter: erläuternd und argumentierend.

Weiterführende Informationen rund um Klima & Energie: Literaturtipps, Links zu Studien, Medienberichten, Statistiken etc.

Die wichtigsten Zahlen: Acht wichtige Zahlen mit Hintergrundmaterial und Quellen.

3. Argumente unserer Gegner:innen

Antworten auf Gegenargumente: eine Enzyklopädie möglichst aller Argumente unserer Gegner:innen und unserer Antworten darauf. 23 Seiten.

Debunkin' SVP: Kommentare zum Argumentarium der SVP

4. Hintergrundinformationen zu Argumentation, für Leser:innenbriefe und Social Media

Sprachleitfaden für Flyer-Aktionen: Wie führe ich ein Gespräch auf der Strasse; Dos & Don'ts. 2 Seiten, deutsch.

Anleitung für Leser:innenbriefe: 3 Seiten, deutsch.

Argumentarium für Leser:innenbriefe: 3 Seiten, deutsch.

Fragen und Antworten zum Klimaschutz-Gesetz, Kurzfassung: 3 Seiten, deutsch, soll schnell Antworten auf häufige Einwände geben zur Verwendung für Social-Media-Posts.

Argumentieren: Achtung Framing-Falle!: Hintergrundinformation zur Argumentationsweise; 5½ Seiten, deutsch.

5. Präsentationen

Musterpräsentation zum Klimaschutz-Gesetz (PowerPoint): deutsch, französisch, italienisch.

Skript für einen Mustervortrag 15 bis 20 Minuten.

6. Kampagnen-Fahrplan

Link zum **Kampagnen-Fahrplan**.